

NACHRICHTEN

THAILAND

Änderungen der Politik durch die neue Regierung Chatichai

Im wesentlichen will die neue Regierung an den Grundlagen der Politik der vorhergehenden Prem-Regierungen anknüpfen, insbesondere in der generellen Ausrichtung der relativ erfolgreichen Wirtschaftspolitik.

Die wichtigste Änderung ist eine neue Einstellung in der Indochina-Politik. Der alte und neue Außenminister Siddhi Savetsila hatte bisher strikt den Kurs verfolgt, keine Abkommen und keine Handelsbeziehungen mit Vietnam zu unterhalten, bevor nicht die Kampuchea-Frage zur allseitigen Zufriedenheit gelöst ist. Demgegenüber hat Chatichai erklärt: „Indochina soll nicht ein Kriegsgebiet, sondern eine Handelszone werden“. Trotz der Absprachen innerhalb der ASEAN-Staaten, vor Regelung der Kampuchea-Frage keine Wirtschaftsbeziehungen mit Vietnam aufzunehmen, haben bereits Firmen aus Singapur und aus Indonesien Betriebe (Joint ventures) in Vietnam aufgemacht.

Ein zweiter Unterschied zur Politik Prem's ist offensichtlich der umgänglichere Ton gegenüber den Gewerkschaften, die von Prem, wenn überhaupt etwas, dann nur die kalte Schulter gezeigt bekamen. In einer Streikwelle direkt vor den Wahlen haben die Gewerkschaften auf ihre Forderungen aufmerksam gemacht, und Chatichai hat angekündigt, daß die geplanten Verkäufe öffentlicher Unternehmen, die rote Zahlen schreiben, erst nach Einzelprüfungen und nicht im ursprünglichen vorgesehenen Umfang stattfinden werden. Außerdem soll in absehbarer Zeit eine erste Sozialgesetzgebung verabschiedet werden. Mitte August hat Chatichai seine Unterstützung bei der Vermittlung im GS-Steel-Disput zugesagt.

Als drittes fiel auf, daß Chatichai neben seinem Amt als Premier auch noch das des Verteidigungsministers übernommen hat, gleichzeitig aber das Kabinett, entgegen den in der Verfassung verankerten Vorgaben, um einen Posten auf 45 aufgestockt hat. Das Amt des Verteidigungsministers war bisher gewöhnlich ehemaligen Generälen vorbehalten. Andererseits hat er, was einen Aufschrei der Opposition auslöste, vorgeschlagen, daß der Militär-Oberbefehlshaber (derzeit Chaovalit), regelmäßig an den Kabinettsitzungen teilnehmen soll. Chatichai steckt dabei in der Zwickmühle: einerseits ist seine Partei aus dem Militär her-

vorgegangen (er stammt aus der Fraktion, aus der auch Thanom und Praphass, die 1973 verjagten Militärdiktatoren stammen), vertritt aber inzwischen auch einflußreiche Geschäftsleute. Andererseits kann er sich nicht wie Prem ohne weiteres auf das Militär verlassen, u.a. deshalb hat er das empfindliche Ressort Verteidigung wohl auch selbst übernommen. Deshalb die Einladung an Chaovalit, der jedoch offiziell das Militär als ein Werkzeug der Regierung bezeichnet und aus dem politischen Grabenkampf heraushalten will.

vgl. NR v. 23.,24.,31.8.; FEER v. 9.,29.9.,24.11.

Zwiespältige Erwartungen der in- und ausländischen Geschäftsleute

Die wirtschaftliche Entwicklung Thailands läßt Zuwachsraten des BSP um 8 % für 1988 erwarten. Darüber hinaus erhofft sich die Geschäftswelt eine unternehmerfreundlichere Politik durch einen zivilen, der Geschäftswelt angehörenden Premier. Chatichai hat angekündigt, daß er in der Bürokratie Vereinfachungen durchführen will, da bisher der Papierkrieg viele Investitionen endlos verzögert habe.

Gleichzeitig hat die Geschäftswelt sehr aufmerksam die Verteilung der Ressorts verfolgt und auch kommentiert, z.T. in Form mißbilligender Kritik an einzelnen Besetzungen. Drei der Minister, die bereits unter Prem im Kabinett waren, sind nur durch die vorzeitige Parlamentsauflösung im Mai um eine Untersuchung wegen Korruption herumgekommen. Schließlich sind auch Befürchtungen laut geworden, daß unter der neuen Regierung die Korruption zunehmen werde (so werden z.B. die Abgeordneten und Minister versuchen, ihre Wahlkampfkosten wieder hereinzuholen). Ein Prüfstein für die Ernsthaftigkeit des Willens der Regierung, die Probleme der Wirtschaft anzupacken, heißt Klong Toey. Der Hafen Bangkoks leidet sowohl unter Ineffizienz beim Be- und Entladen als auch unter seiner zu geringen Kapazität. Beides zusammen droht, den Export zu behindern. Aber gerade die Produktion von Exportgütern hat die höchsten Zuwachsraten.

vgl. FEER v. 29.9.

Amnestie und politische Rechte

Am 16. September wurde mit der Zustimmung des thailändischen Senats (Oberhaus) eine Amnestie für alle Beteiligten am gescheiterten Putschversuch im

September 1985 verabschiedet. Damals waren fünf Menschen, darunter zwei ausländische (!) Journalisten, ums Leben gekommen. Der damalige Anführer, Oberst Manoon Roopkachorn, ist am 1.10. aus dem Exil in der Bundesrepublik nach Thailand zurückgekehrt, er hatte zuletzt ein Thai-Restaurant in Düsseldorf geführt. Diese Amnestie wurde erst durch den Abgang Prem's möglich, da sich gegen ihn der Putschversuch gerichtet hatte. Außerdem versucht Premier Chatichai, eine möglichst breite Unterstützung für seine Regierung zu gewinnen, in diesem Falle die der sog. Jungtürken im Militär.

Wer gehofft hatte, daß nach dieser Amnestie auch andere politische Gefangene begnadigt

Der stärkste Widerstand gegen eine Amnestie kommt vom Militär, so daß Chatichai in der Zwickmühle steckt. In einem Interview hat der bekannte Rechtsanwalt Thongbai Thongbao (vgl. auch unser Interview in SOAI 1/88) darauf hingewiesen, daß die Menschenrechte in Thailand noch lange nicht Allgemeingut sind. So sind in der letzten Zeit über 30 Bauernfunktionäre ermordet worden, seit 1969 wurden pro Jahr mindestens 10 Journalisten umgebracht. Das sei aber nur die Spitze des Eisbergs. Speziell auf dem Lande hätten die Regionalfürsten, d.h. die Reichen bzw. die hohen Verwaltungsbeamte das Sagen, ihnen zu widersprechen sei lebensgefährlich. „Der Hunger sorgt dafür, daß Gesetze nicht



Der Hafen Bangkoks - Ineffizienzen

Foto: FEER, 7.7.'88

würden, wurde jedoch von der Chatichai-Regierung enttäuscht. Demokrat, Social Action und Ruam Thai Party haben zwar entsprechende Gesetzesvorlagen eingebracht, deren Behandlung wurde jedoch von der Regierung erst einmal an ein Adhoc-Komitee zur Bearbeitung und Wiederovlage in 2 Monaten überwiesen. Der Premier sagte, er wolle von Fall zu Fall entscheiden, was zu der Frage führte, ob er gedenke, für jeden einzelnen Fall ein Gesetz anstelle eines allgemein gültigen zu erlassen.

Laut der Menschenrechtsorganisation „Asia Link“ gibt es in Thailand folgende Gefangenen: 12 Kommunisten, 14 wegen kommunistischer Aktivitäten Inhaftierte, 18 Separatisten, 8 Majestätsbeleidiger, 3 politische Brandstifter, 44 Ausländer, die auf Abschiebung warten (darunter 35 Chinesen zwischen 50 und 70 Jahren, z.T. seit 20 Jahren in Haft, sowie 9 Vietnamesen, die 1971 wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsverbot verhaftet wurden) und schließlich über 2000 Rückkehrer aus der Guerilla (nach der Richtlinie 66/23 von 1980), die noch immer nicht die offizielle und rechtlich bindende Amnestie genießen.

durchzusetzen sind“, sagte Thongbai, deshalb müßten die wirtschaftlichen Grundlagen erst geschaffen werden, damit die Situation der Menschenrechte sich bessern könne.

vgl. BP v. 8.,14.10., NR v. 29.9.

„Thammasat-Blutbad“-Aktionstage

Der thailändische Studentebund (SFT) hat vom 6.-15.10. Aktionstage abgehalten, die an das traurige Kapitel in der thailändischen Geschichte des „Thammasat-Blutbades“ erinnern sollen. In Podiums- und allgemeinen Diskussionen wurde versucht, mehr Licht in die damaligen Vorgänge zu bringen. Dies wird dadurch erschwert, daß mehrere, inzwischen hochrangige Politiker, darunter auch der neue Premier Chatichai, darin verwickelt sind. Einige der grundsätzlichen Fragen, die nach wie vor unbeantwortet sind, sind:

– War die Rückkehr der 1973 gestürzten Thanom und Prapas eine gezielte Provokation der Studenten, um, wie geschehen, aus der daraus entstehenden Situation einen Militärputsch zu rechtfertigen?

THAILAND

NACHRICHTEN

- Galt das Aufhängen, Teil eines Sketches von Studenten 2 Tage vor dem Blutbad, dem Kronprinzen, oder wurden die Photos, die in einer Zeitung darüber erschienen, vorsätzlich dahingehend retuschiert, um rechte Gruppierungen noch weiter aufzuhetzen?
 - Wer gab letztlich den Befehl, die Thammasat-Universität zu stürmen, nachdem bereits zwischen der Regierung und den Studenten die Räumung des Geländes abgesprochen war?
 - Wer veranlaßte, und warum, später am gleichen Tag den Marsch der Rechtsradikalen zum Regierungssitz, um eine „Bestrafung der Studenten“ zu fordern?
 - Und schließlich: war das alles geplant, um einen Militärputsch zu rechtfertigen?
- Bangkoks Gouverneur Chamlong hat während einer Diskussion vorgeschlagen, eine Untersuchungskommission einzurichten, um „historische Fakten zusammenzutragen“.

vgl. NR v. 4., 6., 12.10., BP v. 7.10.

Thailands Tourismusgeschäft blüht

Nach einer Studie der Bangkok Bank sind die Erwartungen des 6. Nationalen Entwicklungsplanes, der für die Zeit von 1986-91 ein jährliches Wachstum des Tourismus von 7-7,5% vorsah, bei weitem übertroffen worden.



Zeichnung: FEER, 17.10.'88

Gegenüber 1986 war 1987 ein 24%iges Besucherwachstum festzustellen. Besucher hielten sich im Durchschnitt 6 Tage in Thailand auf und verausgabten pro Kopf etwa 2.370 Baht pro Tag. Das thailändische Touristenministerium will das Kaufverhalten der Touristen fördern und Thailand als Markt der Kunst und des Handwerks für gehobene Touristenansprüche durch gezielte Kundeninformation ins Gespräch bringen. Außerdem soll die traditionell schlechte Saison von Juni bis Oktober verkürzt und rund um das Jahr mehr

Charter- und Linienflüge auch in die attraktiven Provinzen angeboten werden, um sowohl die Hotelbetten als auch die Flugkapazitäten gleichmäßig auslasten zu können. Die Bundesdeutschen seien die sparsamsten Touristen, die sich aber am längsten (ca. 13 Tage) in Thailand aufhalten würden, wobei 50% bereits zum wiederholten Male in Thailand Urlaub machten. Um aus der Bundesrepublik finanzkräftigere Schichten anzusprechen, sollen verstärkt kostspielige Sportarten wie Golfspielen und Tiefseetauchen angeboten werden. Nach einer Studie des National Institute of Development Administration, die die Beschäftigungseffekte in der Tourismusindustrie für 1987 untersuchte, waren 458.825 Personen direkt in der Tourismusbranche tätig, das waren 1,7% der 26,8 Mio. Erwerbstätigen. Davon waren 31% in Bangkok und der Rest gleichmäßig auf die anderen Hauptgebiete des Tourismus verteilt beschäftigt. Die Untersuchung gesteht ein, daß schwere Fehler in den Touristenzentren Pattaya und Phuket gemacht wurden, die sich in ferner Zukunft auch in Ko Samui zeigen werden, und ruft die verantwortlichen Behörden auf, Schritte für eine kontrollierte, geplante und ausgeglichene Tourismusentwicklung einzuleiten und dafür zu sorgen, daß sowohl Thailands historische Denkmäler wie auch die Umwelt ab sofort geschützt und bewahrt werden.

vgl. BP v. 5.10.88

Thailands Exporteure verdienen an den besseren Weltmarktpreisen

Aufgrund der diesjährigen Dürre in vielen Gebieten der Erde, vor allem aber im amerikanischen Mittelwesten, haben die Weltmarktpreise für die meisten Landwirtschaftsgüter um 20 % und mehr angezogen. Dadurch sind die Exporterlöse in Thailand trotz geringerer Mengen, die verschifft wurden, entsprechend nach oben gegangen. Die Dürre vor allem in den USA hat speziell den Tapioka-Exporteuren sowohl neue Exportgebiete als auch -Preise beschert. Gleichzeitig ist der lokale Verkaufspreis für Reis real (Inflation derzeit 5,1 %) weiter gestiegen. Davon ist aber den Bauern selbst nur ein geringer Teil zugute gekommen. Diese Entwicklung macht das Anheben von Mindestlöhnen und Beamtgehältern für den einfachen und mittleren Dienst immer drängender.

BP v. 8.9., FEER v. 29.9.



Muslim-Schülerinnen: Neue "Südpolitik"

Foto: FEER, 6.10.'88

Neue „Südpolitik“

Nach einigen etwas wüsten Vorfällen, bei denen Plantagen überfallen, Schutzgebühren erpreßt und verschiedentlich Leute gekidnappt wurden, hat sich die Regierung zu einer „neuen Südpolitik“ entschlossen. Die Situation in den 5 südlichsten Provinzen hat sich im Laufe der letzten paar Jahre langsam aber stetig bis zum derzeitigen Stand entwickelt. Was der Regierung Sorgen macht, ist die hohe Kriminalität, die dadurch verursachte abnehmende Investitionsneigung sowie Befürchtungen, daß sich separatistische Bestrebungen ausbreiten könnten. Auch die in den vergangenen Jahren betriebene Ansiedlung ehemaliger CPT- und CPM-Kämpfer, die ihren Kampf aufgegeben haben, hat die für die Regierung negative Entwicklung nicht stoppen können. Statt CPM und CPT machen jetzt muslimische Separatisten und „unabhängige“ Banden das Gebiet unsicher. In den 5

überwiegend von Moslems bewohnten Provinzen hat sich ein muslimisches Selbstbewußtsein breit gemacht, das sich u.a. im (Stellvertreter-) Streit um muslimische Kleidung für Schülerinnen Anfang 1988 äußerte. Und schließlich haben korrupte und bornierte Staatsbeamte das ihre dazu beigetragen, Unmut und Mißtrauen gegenüber der Zentralgewalt zu schüren.

Die neue Politik, wie sie vom NSC (Nationaler Sicherheitsrat) beschlossen wurde, ist zweigleisig angelegt: einerseits ein strikteres Vorgehen gegen alle Arten von Kriminalität, wenn nötig mit Armee-Unterstützung, andererseits sollen korrupte Beamte ausgetauscht und die anderen zu verbesserter Zusammenarbeit mit den religiösen Führern angehalten werden, die wiederum verstärkt als Sprachrohr der Moslems anerkannt werden sollen.

vgl. BP v. 3., 6., 9., 10., 13.11., NR v. 12., 15.11., FEER v. 15.9.

Religiöse Auseinandersetzung spitzt sich zu

Kaum waren die Wahlen vorbei, spitzte sich der Disput zwischen der „Amtskirche“ (Sangha), dem buddhistischen Orden und der Santi Asoke, einer buddhistischen Vereinigung zu. Das Oberhaupt der Santi Asoke wirft der Sangha vor, die Prinzipien Buddhas nicht mehr zu befolgen. So würden mehrere Mönche in Bangkok als Wunderheiler praktizieren, Aphrodisiaka verkaufen oder gewinnträchtige Losnummern vorhersagen. Ende letzten Jahres war ein Schwindel mit falschen königlichen Auszeichnungen aufgefliegen, in den u.a. zwei Klöster in Bangkok verwickelt waren (siehe SOAI 1/88).

Demgegenüber leben die Anhänger der Santi Asoke asketisch, vegetarisch und sehen sich als Vorbild an für ein Leben gemäß buddhistischen Prinzipien. Bekanntester Anhänger der San-

ti Asoke dürfte Bangkoks Gouverneur Chamlong sein.

Die Sangha verlangt, daß der Anführer der Santi Asoke, der Mönch Pothirak, aus der buddhistischen Gemeinschaft ausgeschlossen wird und alle von ihm eingeführten Mönche seiner Bewegung ihren Mönchsstatus verlieren, da er keine „Ordinations“-befugnis habe. Die Mitgliedschaft in der Sangha ist in Thailand Pflicht, Pothirak ist jedoch 1975 ausgetreten und hat die Santi Asoke ins Leben gerufen.

Die öffentliche Meinung ist in dieser Sache polarisiert. Einerseits hat die Santi Asoke inhaltlich Recht mit ihren Beschuldigungen, andererseits hat sie sich formal ins Unrecht gesetzt, indem sie ablehnt, sich der Sangha wieder zu unterstellen.

vgl. FEER v. 15.9.88; NR v. 18.9.88

NACHRICHTEN

THAILAND

Lohnabschlüsse lassen auf sich warten

Die Gewerkschaften sind mit ihrem Vorhaben, den Mindestlohn für ungelernete Arbeitskräfte von 73 Baht/Tag in Bangkok (5,20 DM) auf 80 Baht/Tag (5,70 DM) zu erhöhen, noch immer nicht weiter gekommen. Obwohl die neue Regierung kurz nach ihrem Amtsantritt versprochen hat, mehr für die Arbeiter zu tun als die alte Regierung, und trotz der Zusage einzelner Ministerialbeamter und Minister ist noch kein Abschluß in Sicht. Die Regierung will den Mindestlohn mit Wirkung zum 1.12. um 3 auf 76 Baht erhöhen (= 4,1 %, damit noch unter der Inflationsrate für 1988), und die Unternehmer schreien: „Ruin, Ruin!“

Derweil ist eine Gehaltserhöhung für Regierungsbeamte so gut wie beschlossen; die Beschäftigten der Staatsbetriebe sollen ab 1.1. 1989 eine neue Lohnskala erhalten, die bei 2400 Baht/Monat (rd. 170 DM) anfängt und die unteren Gruppen stärker anhebt.

Die schnellste und großzügigste Lohnerhöhung gab es, wen wundert's, für die Parlamentarier, die sich selbst bedienten und deren Einkommen mittlerweile bei 34.000 Baht/Monat (rd. 2400 DM) liegt. Hochgerechnet auf ihre tatsächliche Arbeitszeit verdienen sie pro Tag so viel wie ein Ungelernter im ganzen Monat.

vgl. BP v. 5., 11., 12. 11.

3,5 Mio. US\$ aus Kambodscha-Hilfe verschwunden

Zwei Reporter der Washington Post haben aufgedeckt, daß neben der offenen Unterstützung der Sihanouk- und Sonn-San-Truppen (zuletzt 3,5 Mio. US\$) noch eine verdeckte Unterstützung beider von zuletzt 12 Mio. US\$ für „nicht tödliche“ Mittel existiert; damit sollen Medikamente, Uniformen und Lebensmittel besorgt worden sein.

Diese Tatsache als solche wäre stillschweigend zur Kenntnis

genommen worden, nicht jedoch der Vorwurf der beiden Reporter, nach ihren Informationen untersuche die US-Regierung, wie thailändische mit der Abwicklung des Programms befasste Stellen bis zu 3,5 Mio. US\$ dar- aus abzweigen konnten.

Thailands Militärchef, Chaovalit, reagierte ungewöhnlich heftig auf diesen Vorwurf und meinte, entweder müßten Beweise auf den Tisch oder die Washington Post könne zur Hölle fahren.

Offensichtlich passiert, aber kaum eindeutig nachzuweisen, ist folgendes: Von den Geldern wurden Medikamente und vor allem Uniformen angeschafft, die in Thailand besorgt bzw. gefertigt wurden – allerdings scheint es eine Absprache zwischen Herstellern und Leuten aus dem Beschaffungs-Stab gegeben zu haben, die Uniformen zu überhöhten Preisen zu liefern. Chaovalit sagte in diesem Zusammenhang, man könne Uniformen für 100 Baht oder für 1000 Baht kaufen. Was er nicht sagte, war, daß man für Uniformen im Wert von 300 Baht auch 500 Baht zahlen und sich hinterher den Profit teilen kann. Inzwischen wurde auch bekannt, daß US-Offizielle in dieser Angelegenheit bereits beim alten Premier Prem vorstellig wurden. Da solche Machenschaften schwierig zu beweisen sind, dürfte die eingeleitete Untersuchung ausgehen wie das Hornberger Schießen. Amerikanische Stellen haben die Ansicht geäußert, daß im nächsten Jahr nur 8 Mio. US\$ fließen werden, genau soviel wie 1987.

vgl. FEER v. 17. 11., BP v. 3., 9. 11.

Naturkatastrophe hebt eine Diskussion über Regenwaldvernichtung hervor

Thailand steht fassungslos vor der schlimmsten Naturkatastrophe seit Menschengehenken. Sintflutartige Regenfälle haben seit dem 20.11. zwölf der 14 südlichen Provinzen zum Teil meterhoch unter Wasser gesetzt, Geröll- und Schlammlawinen begruben ganze Dörfer unter sich. Mehr als 170 Tote waren bis zum 26.11. schon zu beklagen, die Zahlen steigen aber weiter. Hunderte werden vermißt. Der Schaden, so der stellvertretende Innenminister Trairong Suwankhiri, kann die Ein-Milliarden-Mark-Grenze überschreiten. Denn abgesehen von der Verwüstung der Felder, Städte und Dörfer sind vor allem die Gummi-, Obst- und Touristikindustrie schwer getroffen.

Praktisch der gesamte Süden Thailands ist vom Rest des Landes abgeschnitten. Selbst die Telefonverbindungen funktio-



nieren nur noch in wenigen Gebieten. Da Straßen- und Eisenbahnverbindungen nicht mehr existieren, können die Betroffenen nur aus der Luft versorgt werden. Dies geschieht vor allem durch die in voller Stärke mobilisierte Süd-Armee und deren Hubschrauber. Dennoch hat die Bevölkerung in weiten Teilen des Südens nichts mehr zu essen, es gibt kein Trinkwasser mehr und keine Elektrizität.

Wie schon für die Überschwemmungskatstrophen dieses Sommers in Indien und Bangladesch, wo mehr als 3000 Menschen umkamen, wird auch in Thailand das hemmungslose Abholzen der Wälder für das verwüstende Ausmaß der Fluten verantwortlich gemacht. Einen drastischen Beweis für den Zusammenhang zwischen der Entwaldung und den gegenwärtigen

Überschwemmungen und Erdbeben sind die frisch gefällten Baumstämme, die von der Flut in rasender Geschwindigkeit in die Dörfer des Südens geschwemmt wurden und „wie Torpedos oder Bomben“, so ein Beamter, die Dörfer zerstört haben.

Am Ende des zweiten Weltkriegs war Thailand noch zu 70 % mit Wald bedeckt, 1985 waren es nach Auskunft der Forstbehörde noch 29 %. Experten befürchten jedoch, daß diese Zahl geschönt und in Wirklichkeit viel niedriger ist. Schlimmer noch: „Wenn die Abholzaktionen im jetzigen Stil weitergehen, dann gibt es zur Jahrtausendwende überhaupt keinen Wald mehr. Dann wird Thailand in einem Teufelskreis von Fluten und Dürren zugrunde gehen“, sagt Naturschützer Suchat Mongkol-Naripong.

FR v. 26. 11.

Kurzmeldungen:

– In einigen Discos in Haadyai (Südthailand) sollen die aufgekommene Nackttanz-Shows unterbunden werden, speziell, nachdem Touristen anfangen, diese „Vorführungen“ zu fotografieren bzw. zu filmen. Die Stadtverwaltung hat aber Angst, daß die Abschaffung dieser „Attraktion“ den Tourismus gefährden könnte, deshalb sollen statt der Shows nur das Filmen und Fotografieren verboten werden.

vgl. BP v. 14. 8.

– Zeitgleich mit dem in Bangkok stattfindenden „Miss All Nations“-Wettbewerb haben Frauenrechtsgruppen vor dem Veranstaltungshotel einen alternativen Miss-Wettbewerb durchgeführt, bei dem u.a. die „Misstreated“, die „Miss Thighland“ und die „Miss AIDS-land“ (auf dt. etwa „Misshandelt“ u. „Miss Taille-Land“) sich der Öffentlichkeit stellten. Die Passanten waren auf ihrer Seite.

vgl. NR v. 22. 8.

– Burmesische Studentenvertreter sollen sich bei ihren thailändischen Kollegen über deren Erfahrungen aus den Kämpfen 1973 (Verjagung von Thanom & Pra-

phas) und 1976 (Kampf gegen die Rückkehr der Militärs) erkundigt haben, um daraus für ihren Kampf in Burma zu lernen.

vgl. FEER v. 8. 9. 88, S. 13

– Im Oktober gab es offiziell 1560 HIV-Positive in Thailand, 10 % mehr als im Vormonat, davon knapp 30 mit AIDS-typischen Krankheitsbildern, u.a. ein Säugling, was viel Aufsehen erregte.

vgl. FEER v. 17. 11.

– Die Regierung will neue Leitlinien für Giftmüll-Behandlung und -Anlandung durch ausländische Schiffe ausgeben. Die Entwürfe sind noch immer in Bearbeitung, derweil dümpeln im Hafen Bangkoks seit über 2 Jahren ca. 200 Fässer mit 350 t Giftmüll aus Singapur leise vor sich hin.

vgl. BP v. 11., 13. 11.

– Eine Fabrik zur Bestrahlung von Lebensmitteln, mit kanadischer Hilfe gebaut, steht kurz vor der Vollendung. Alle Experten sind sich einig, daß von ihr keinerlei Gefahr ausgehe. Der Großteil der bestrahlten Lebensmittel, hauptsächlich Shrimps, Papayas und Mangos, soll nach Kanada exportiert werden, um die Fabrik zu bezahlen.

vgl. NR v. 26., 28. 9.



Chaovalit.